

Finanzielle Sorgen: Kliniken in Rheinland-Pfalz bitten um Unterstützung

Die Krankenhausgesellschaft Rheinland-Pfalz erhebt Forderungen an Land und Bund zur finanziellen Unterstützung bedrohten Kliniken. Finanzprobleme und Zukunftssorgen im Gesundheitswesen.

Die Krankenhausgesellschaft Rheinland-Pfalz kündigt an, dass zahlreiche Kliniken in der Region in einer finanziellen Zwangslage stecken. Die Jahre des strukturellen Defizits haben sich zugespitzt, und viele Einrichtungen stehen vor der Herausforderung, ihre Betriebskosten in den Griff zu bekommen. Der Geschäftsführer der Krankenhausgesellschaft, Andreas Wermter, äußerte sich besorgt über die verstärkten finanziellen Sorgen, die die Krankenhäuser seit 2022 betreffen. Insbesondere die Universitätsmedizin Mainz, die schon seit Jahren rote Zahlen schreibt, ist von diesem Trend betroffen. Eine Erhöhung des Kreditrahmens könnte hier eine mögliche Lösung darstellen.

Über die letzten Jahre sind die Kosten für Personal und Sachausgaben erheblich gestiegen. Währenddessen sind die Erlöse aus medizinischen Leistungen gedeckelt und können nicht an die jeweilige Markt- oder Kostenentwicklung angepasst werden, was die Finanzierung der Kliniken zusätzlich erschwert. „Die Preise für medizinische Leistungen können nicht frei gestaltet werden, im Gegensatz zur Automobilindustrie“, erklärte Wermter. Dies hat zur Folge, dass viele Krankenhäuser nicht mehr in der Lage sind, ihre Ausgaben zu decken, was zu einem finanziellen Druck führt, der sich mit jedem Jahr verschärft.

Erhebliche Verluste drohen

Die Situation ist verheerend: Fast zwei Drittel der Krankenhäuser in Rheinland-Pfalz erwarten für das Jahr 2024 einen negativen Finanzbericht. Über die gesamte Bandbreite der Kliniken hinweg, von großen Universitätsmedizinern bis hin zu kleineren Einrichtungen, ist die Alarmstimmung spürbar. Rückläufige Patientenzahlen und mangelnde Kapazitäten aufgrund von Personalmangel verschärfen die Lage noch weiter. Viele Menschen ziehen die ambulante Versorgung einer stationären Behandlung vor, was zu einem Rückgang der Belegungszahlen führt.

InAnbetracht dieser Fakten fordert die Krankenhausgesellschaft von der Bundespolitik eine rückwirkende Mindestanpassung der Landesbasisfallwerte um mindestens vier Prozent ab 2022. Diese Werte sind eine wesentliche Grundlage für die Preisgestaltung von Krankenhausleistungen. Die vorgeschlagene Erhöhung im Rahmen der Krankenhausreform wird als zu spät und nicht ausreichend angesehen, um die enormen Kostensteigerungen der vergangenen Jahre auszugleichen. Hier sei ein dringender Handlungsbedarf gegeben, um dem zunehmenden Druck auf die Krankenhäuser entgegenzuwirken.

Die Finanzierung der Betriebsmittel ist eines der zentralen Themen, die sowohl auf Landes- als auch auf Bundesebene adressiert werden müssen. Wermter hebt außerdem hervor, dass die Bundesregierung mehr Unterstützung bieten muss – insbesondere durch ein Vorschaltgesetz zur Reform der Krankenhausfinanzierung. Auf Landesebene gibt es zudem die Anforderung, dass Krankenhäuser bei Investitionsförderungen mindestens zehn Prozent als Eigenbeteiligung aufbringen müssen. Doch viele Einrichtungen sehen sich aufgrund ihrer finanziellen Schwierigkeiten nicht in der Lage, diese Gelder bereitzustellen, was zu einem besorgniserregenden Investitionsstau führt.

Wermter hofft, dass der neue Ministerpräsident Alexander

Schweitzer (SPD) einen positiven Einfluss ausüben wird, um die Anliegen der Krankenhäuser auf die politische Agenda zu setzen. Die Krankenhausgesellschaft sieht die Notwendigkeit für mehr Unterstützung seitens des Landes, um eine nachhaltige Lösung für die bestehende finanzielle Misere zu finden.

Details

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de